

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) Dadurch, daß Sie es diskreditieren, versuchen Sie, den Erfolg der Öko-Steuer herunterzureden und den Mißerfolg herbeizureden. Diesbezüglich tragen Sie eine sehr große Verantwortung; das muß ich sagen. Das gilt für alles, was Umweltpolitik und CO₂-Reduktion angeht.

Wie sollte es anders funktionieren als über den Preis und Energieverteuerungen, die Leute dazu zu bewegen, Energie zu sparen und dadurch weniger CO₂ zu produzieren? Wie anders wollen Sie es erreichen, etwas für den Umweltbereich zu tun?

Wenn wir dadurch mit diesem Geld Arbeitsplätze billiger machen, indem wir die Lohnnebenkosten senken, dann erreichen wir auch etwas für die Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie da nicht mitgehen wollen, können Sie das ruhig tun. Dann müssen Sie es aber auch draußen so deutlich sagen, wie Sie es hier sagen.

Die positiven Auswirkungen der Öko-Steuer greifen - das merken wir langsam -, und nächstes Jahr werden die Leute effektiv bis zu 800 DM weniger an Steuern zahlen müssen. Die höheren Energiepreise können sie eben dadurch ausgleichen, daß sie Energie sparen. Jeder kann demnächst für sich entscheiden, ob er diese höhere Belastung im Energiebereich bezahlen will oder nicht. Wenn er nämlich Energie einspart, braucht er diese zusätzlichen Belastungen nicht zu erbringen.

(B) Genau mit diesem Prinzip werden wir CO₂ reduzieren, und genau mit diesem Prinzip werden wir Arbeitsplätze schaffen. Wenn Sie da mitgehen wollen, ist es gut. Wenn Sie nicht mitgehen, werden wir es eben alleine machen. Das ist der einzige Weg, um erfolgreich CO₂ zu vermeiden. Sie können sich entscheiden, ob Sie mitgehen möchten oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines möchte ich Ihnen noch ganz deutlich sagen: Sie haben überhaupt keine Einschätzung darüber, was die Rede von Herrn Schröder auf diesem Klimagipfel bewirkt hat. Diese Rede stand im Zentrum aller Diskussionen, und diese Rede ist von vielen anderen Rednern wiederum angesprochen worden. Sie haben sich positiv auf diese Rede und damit die Position Deutschlands bezogen.

(C) Ich weiß überhaupt nicht, woher Sie den Mut aufbringen, eine solche Initiative, die gut und nicht nur irgendwie ein "Anzug" ist, so herunterzumachen. Die Aussage Schröders, im nächsten Jahr im Klimabereich einen massiven Schritt vorwärtszugehen, werden wir unterstützen. Die Auswirkungen dieser Rede - darum bitte ich - sollten Sie nicht herunterreden. Wir sollten sie vielmehr im Sinne der Umweltpolitik in diesem Land verstärken. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin Höhn. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir stimmen ab, und zwar erstens über den Antrag der CDU-Fraktion; das ist die Drucksache 12/4384. Die Fraktion der CDU hat dazu direkte Abstimmung beantragt, so daß wir über den Inhalt dieses Antrages abstimmen. Wer für den Inhalt dieses Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. Die Antragstellerin. - Wer ist dagegen? Die Koalitionsfraktionen. - Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 12/4384 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt worden.

(D) Wir stimmen zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/4410 ab. Wer ist für diesen Antrag? Die Koalitionsfraktionen. - Wer ist dagegen? Niemand. - Stimmenthaltungen? - Die CDU-Fraktion. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Ich rufe auf:

8 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4380

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Ministerin Höhn das Wort.

(A) **Bärbel Höhn**, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Tagesordnungspunkt, der zwar ein Stück Routine darstellt, aber trotzdem wichtig für das tägliche Geschehen in Nordrhein-Westfalen ist.

In Tierseuchenfällen erhalten die Landwirte aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben finanzielle Entschädigungen sowie einzelfallbezogene sonstige Beihilfen für Tierverluste. Diese werden jeweils von den Tierseuchenkassen der Länder festgesetzt und ausgezahlt.

In Nordrhein-Westfalen ist die Tierseuchenkasse ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Landes und wird vom Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd verwaltet. Die Wirtschaftsführung der Tierseuchenkasse erscheint somit als Sonderkapitel im Landeshaushalt. Beschlußfassendes Gremium in der Tierseuchenkasse ist der Beirat. Sein Einvernehmen ist bezüglich der Erhebung von Beiträgen, der Festsetzung und Auszahlung von Entschädigungen und Beihilfen sowie der Höhe von Rücklagen zwingend einzuholen.

(B) Anlässlich einer Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Sondervermögens Tierseuchenkasse hat der Landesrechnungshof jüngst festgestellt, daß der Beirat der Tierseuchenkasse als beschlußfassendes Gremium nicht über die erforderliche ununterbrochene demokratische Legitimationskette im Lichte der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu Artikel 20 Abs. 2 und Artikel 28 Abs. 1 des Grundgesetzes verfügt.

Um diesem Rechtsmangel abzuhelpfen, wurde das nach den bisherigen Bestimmungen des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz geforderte Einvernehmen des Beirates in ein Anhörungsrecht umgewandelt. Damit wäre dem vom Landesrechnungshof beanstandeten Mangel der fehlenden ununterbrochenen demokratischen Legitimationskette des Beirates formal abgeholfen, weil nunmehr das Umweltministerium die entsprechenden Rahmenbedingungen im Verordnungswege festsetzen kann.

Gleichzeitig wird durch das dem Beirat eingeräumte Anhörungsrecht dessen unbedingt erforderliche Fachkompetenz in Fragen der Tierseuchenbekämpfung erhalten bleiben. Wichtig ist uns, die gute Zusammenarbeit mit der Tierseuchenkasse, die sich in der Vergangenheit ausgezahlt hat, fortzusetzen. Der Beirat der Tierseu-

chenkasse ist zu der beabsichtigten Gesetzesänderung angehört worden; er hat sich mit dieser Regelung ausdrücklich einverstanden erklärt. Ich bitte Sie deshalb, dem von der Landesregierung gebilligten Gesetzentwurf zuzustimmen. (C)

Ich glaube, daß wir die gute Zusammenarbeit mit dem Beirat der Tierseuchenkasse weiterhin aufrecht erhalten sollten. Wir haben eine gute Lösung gefunden, die sowohl den rechtlichen Vorschriften entspricht als auch der wichtigen Beratungsfunktion des Beirates der Tierseuchenkasse Rechnung trägt. Insofern können Sie diesem Gesetzentwurf, den die Landesregierung vorlegt, guten Gewissens zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die SPD-Fraktion hat Kollege Steinkühler das Wort.

Horst Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einbringung des Gesetzentwurfs hat die Ministerin eben plausibel begründet. Wenn ich Wilhelm Lieven wäre, würde ich sagen: Sie hat "überzeugend" begründet. Aber ich will "plausibel" sagen. (D)

Wir halten die Novellierung für notwendig. Wir werden der Überweisung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz zustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Steinkühler. - Für die CDU-Fraktion hat Frau Fasse das Wort.

(Roland Appel [GRÜNE]: Aber kürzer!)

Marie-Luise Fasse¹ (CDU): - Natürlich. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da es sich bei diesem Vorgang um eine notwendige Anpassung der Rechtslage an die Forderung des Bundesverfassungsgerichts handelt - Frau Ministerin hat es schon ausgeführt -, stimmen wir dem Gesetz und der Überweisung in den Fachausschuß ebenfalls zu.

(Allgemeiner Beifall - Bravo!-Rufe)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herzlichen Dank, Frau Fasse. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Kollege Martsch das Wort.

Siegfried Martsch¹ (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Notwendigkeit dieses Beschlusses ist so klar, daß man ihn auch ohne Debatte hätte treffen können. Ich sage das, obwohl mir das nicht zusteht. - Wir stimmen dem Gesetzentwurf und der Überweisung zu.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Martsch. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir stimmen ab über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 12/4380** an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. - Gegenprobel - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit haben wir die Überweisung einstimmig **geschlossen.**

(B) Ich rufe auf:

9 In den Ausschüssen erledigte Anträge

hier: Übersicht 34
gemäß § 88 Abs. 2 GeschO

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse

zu den Drucksachen

12/3247	Hauptausschuß
12/3647	Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie
12/3798	Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

12/3880 Ausschuß für Innere Verwaltung (C)

12/4219) Ausschuß für Arbeit, Gesund-
12/4223) heit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen
und Flüchtlinge

12/4252 Ausschuß für Wirtschaft, Mittel-
stand und Technologie

12/4300 Ausschuß für Umweltschutz und
Raumordnung

Drucksache 12/4397

Mit der Drucksache 12/4397 liegen Ihnen insgesamt acht Anträge vor, die vom Plenum nach § 88 Abs. 2 der Geschäftsordnung den Ausschüssen zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesen wurden. Diese Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse sind aus der Drucksache 12/4397 ersichtlich. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich **abstimmen** über die Bestätigung der Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse, wie sie sich aus der Drucksache 12/4397 ergeben. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit sind die in Übersicht 34 enthaltenen **Abstimmungsergebnisse** der Ausschüsse zu den acht Anträgen einstimmig **bestätigt.**

Ich rufe auf:

10 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 48

Mit der Übersicht 48 liegen Ihnen die Beschlüsse zu Petitionen vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich nach § 100 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung fest, daß diese Beschlüsse zu Petitionen durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

(D)